

Wien, am Donnerstag, den 12. Dezember 1929

.....

Die Anmeldungen nach dem Kleinrentnergesetz. Wie aus vielen Anfragen hervorgeht, besteht in weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer die Meinung, dass der Wiener Magistrat mit der Entgegennahme der Anmeldungen nach dem Kleinrentnergesetz betraut ist oder dass ihm irgendeine Einflussnahme auf die Erledigung der Gesuche zusteht. Auch sind viele Besitzer von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien, die auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Mai 1929 beim Wiener Magistrat ein Ansuchen um Zuerkennung eines Zinsenzuschusses eingebracht haben, der Ansicht, dass dieses Gesuch die im Kleinrentnergesetz vorgesehene Anmeldung ersetzt oder aber, dass die Wiener Stadtanleihen für die Anmeldung nach dem Kleinrentnergesetz überhaupt nicht in Betracht kommen. Beide Anschauungen sind irrig und geeignet, solchen Personen einen dauernden Schaden zu bringen. Es wird daher neuerlich nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass alle von der Gemeinde Wien begebenen Teilschuldverschreibungen, sofern sie vor dem 1. Jänner 1919 erworben wurden, unter die Bestimmungen des Kleinrentnergesetzes fallen. Die Besitzer solcher Obligationen müssen ungeachtet des etwa seinerzeit beim Wiener Magistrat eingebrachten Ansuchens ihren Anspruch nach dem Kleinrentnergesetz ausschliesslich bei den nach diesem Gesetz zur Entgegennahme der Anmeldungen berufenen Amtsstellen bis längstens 31. Jänner 1930 geltend machen; anderenfalls laufen sie Gefahr, dass die nicht angemeldeten Teilschuldverschreibungen im Zuge der Kleinrentneraktion des Bundes nicht berücksichtigt werden. Der Anspruch auf eine Unterhaltsrente ist, wenn der Anspruchswerber in Wien seinen Wohnsitz hat, beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Büro des Kleinrentnerfonds, I., Singerstrasse 17, wenn er in einer Landeshauptstadt seinen Wohnsitz hat, beim Amt der Landesregierung und in den übrigen Fällen bei der nach dem Wohnsitz des Anspruchswerbers zuständigen politischen Bezirksbehörde anzumelden. Zur Entscheidung über die eingebrachten Ansuchen wird eine beim Bundesministerium für soziale Verwaltung zu errichtende Kommission berufen sein. Es ist daher vollkommen zwecklos beim Wiener Magistrat wegen der Anmeldung oder wegen Beeinflussung der Behandlung der beim Büro des Kleinrentnerfonds eingebrachten Gesuche vorzusprechen.

.....

Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 17. Dezember, um 16'30 Uhr statt.

Neue städtische Kindergärten. Im Fortschreiten des Aufbaues der Wiener Jugendfürsorge werden demnächst wieder fünf neue städtische Kindergärten der Benützung übergeben. Sie werden insgesamt über 21 Abteilungen verfügen. Die neuen Kindergärten befinden sich durchwegs in städtischen Wohnhausanlagen, und zwar auf der Landstrasse am Nikolausplatz, auf der Wieden in der Schelleingasse, in Hitzing in der Cumberlandstrasse und Heinrich Colingasse und in Floridsdorf in der Woltagasse.

.....

Ein Ehrengrab für Professor Ludwig Boltzmann. Am 8. September 1906 wurde die Leiche des Hofrates Universitätsprofessors Ludwig Boltzmann im Döblinger Friedhof bestattet. Nunmehr wird die Leiche exhumiert und aus diesem Anlass ist das Professorenkollegium der Wiener Universität an die Gemeinde mit dem Ersuchen herangetreten, dem hervorragenden Gelehrten ein Ehrengrab im Wiener Zentralfriedhof zu widmen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen hat sich gestern mit diesem Ansuchen beschäftigt und mit Rücksicht auf die Persönlichkeit und Verdienste des Verstorbenen die Widmung eines Ehrengrabes beschlossen.

.....

Die Seilergasse nicht mehr Einbahnstrasse. Bekanntlich ist seinerzeit die Seilergasse als Einbahnstrasse erklärt worden. Da sich jedoch Verkehrsschwierigkeiten in der Kärntnerstrasse ergeben haben, wird der Verkehr in der Seilergasse versuchsweise wieder in beiden Richtungen freigegeben.

.....

Budgetberatung

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 12. Dezember 1929.

Der Wiener Gemeinderat ist heute in die Spezialdebatte über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien eingegangen. Für die Spezialdebatte sind 59 Minderheitsredner zum Wort gemeldet.

Beginn der Sitzung : 16 Uhr.

Zur Verhandlung gelangt die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform.

Zum Voranschlag über die Verwaltungsgruppe Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform führt der Personalreferent der Gemeinde Wien amtsführender Stadtrat Speiser aus:

Im Voranschlag des Jahres 1930 ist der Personalaufwand für den Magistrat einschliesslich der dem Magistrate angegliederten Betriebe und für das Schulwesen mit Schilling 196,500.160.-veranschlagt. Hierzu kommen die in diesem Voranschlage nicht enthaltenen Personalauslagen der städtischen Unternehmungen, die für das Jahr 1930 rund 148'7 Millionen Schilling betragen werden. Ausserdem gelangen an die ehemaligen dem Stande der Kollektivvertráger angehörigen Bediensteten und deren Hinterbliebene von der für diese Gruppen eingerichteten Pensionskassa rund 13'3 Millionen Schilling zur Auszahlung. Der gesamte Personal- und Pensionsaufwand der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen beträgt somit rund 360 Millionen Schilling. Die Gemeinde Wien beschäftigte am 1. August 1929 im Bereiche der Hoheitsverwaltung und in den der Hoheitsverwaltung unterstellten Betrieben und im Schulwesen 25.602 Angestellte und Lehrpersonen. Diese Zahl verteilt sich auf die allgemeine Verwaltung mit 4943, auf die Betriebe mit 14.034, auf das Schulwesen mit 6.562, auf das Kontrollamt mit 63. Nach dem Dienstrechte gliedern sich diese Angestellten in 14.432 Personen, die der allgemeinen Dienstordnung unterstehen, 6087 Lehrpersonen, 937 nach dem Gehaltsschema für die städtische Feuerwehr entlohnte Angestellte, 1968 Vertragsangestellte und 2178 Kollektivvertragsbedienstete.

Am 1. August 1929 betrug die Zahl der auf diese Gruppen entfallenden Pensionsparteien 10.116.

Bei den städtischen Unternehmungen (Strassenbahn, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Leichenbestattung, Brauhaus) waren am 1. August 1929 beschäftigt 2977 Beamte, 23268 Bedienstete, zusammen also 26.245 Aktive. Der Pensionistenstand betrug insgesamt 8013 Personen.

Die Gemeinde Wien beschäftigte somit am 1. August 1929 in der Verwaltung und in ihren Unternehmungen zusammen 51.847 Personen und zahlte an 18.179 Personen Ruhe- und Versorgungsgenüsse aus; es waren zusammen also 70.000 Personen, die als Lohn- oder Pensionsempfänger der Gemeinde Wien in Betracht kamen.

Nach dem Voranschlag des Jahres 1929 waren für die Hoheitsverwaltung an Personalkosten Schilling 182,392.630 vorgesehen, für das Jahr 1930 sind Schilling 196,500.160 veranschlagt. Das für 1930 veranschlagte Mehrerfordernis beträgt schon 14,107.530 Schilling. In Prozenten des Voranschlages

des Jahres 1929 hat sich der Aktivitätsaufwand um rund 7'5 Prozent, der Pensionsaufwand um 8'4 Prozent, der Gesamtaufwand um rund 8 Prozent erhöht. Der erhöhte Aktivitätsaufwand ist vorwiegend auf die am 1. Dezember 1929 zugestandene Bezugserhöhung durch Auszahlung eines vierzehnten Monatsgehältes und auf die normale Zeitvorrückung der Angestellten zurückzuführen. Der erhöhte Pensionsaufwand beruht gleichfalls auf der Gewährung eines vierzehnten Monatsbezuges und auf den Zuwachs an Pensionsparteien. Im Zusammenhang mit den Bezugsaufbesserungen hat die Angestellten- und Bedienstetenschaft ihre Mitwirkung bei in Aussicht genommenen Arbeitsintensivierungen zugestanden. Teils wurden Betriebsreformen bereits durchgeführt.

Der Personalreferent der Gemeinde Wien gab am Schlusse seiner Ausführungen der Erwartung Ausdruck, dass das gute Einvernehmen, das zwischen der Gemeindeverwaltung und der Angestelltenschaft bisher bestanden hat, auch in Zukunft aufrecht bleiben wird und dass die anlässlich der letzten Lohnverbesserungen teils angebahnten, teils bereits durchgeführten Massnahmen sich in einer erhöhten Wirtschaftlichkeit der Verwaltung und damit zum Wohle der gesamten Bevölkerung Wiens auswirken werde. (Lebhafter Beifall).

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dem Voranschlag zuzustimmen, hiesse den Geist, in dem die städtische Angestelltenschaft geführt wird, gutheissen. Der Währinger Wahlschwindel hat gezeigt, wie es mit der städtischen Personalpolitik aussieht. Ein System, das solche Früchte trägt, muss verschwinden. Amtsrat Mader hat sich des Verbrechens des Wahlbetruges schuldig gemacht. Was hat ihn bewogen, die Bevölkerung durch seinen Schwindel des Wahlrechtes zu berauben? Mader ist im Jahr 1920 normal vprgerückt, 1921 auszeichnungswiese, 1922 wieder normal, 1923 wieder auszeichnungswiese, 1924 wieder normal und im Jahre 1925 übersprang er einige Kollegen und wurde als Amtsrat in die dritte Bezugsklasse übersetzt. Er stand nun nur noch vor dem Sprung in die zweite Bezugsklasse zum Oberamtsrat. Jetzt kann man verstehen, was Mader zu seinen Schwindel bewogen hat. Mader hat zum lumpigen Gesinnungslumperei gegriffen, die reichlich belohnt wird. Wir müssen deshalb verlangen, dass mit einer solchen Lotterwirtschaft in der Personalverwaltung ein Ende gemacht wird. Der Redner beantragt, die Dienstordnung der städtischen Angestellten dahin abzuändern, dass die Mitglieder der Personalkommission aus dem Stande der Gemeindeangestellten von den Angestellten selbst in unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechtes gewählt werden sollen. Der Magistrat ist zu beauftragen, einen diesbezüglichen Entwurf im Einvernehmen mit allen Gewerkschaften der Gemeindeange-

stellten auszuarbeiten und ehestens dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Ein zweiter Antrag geht dahin, den Abzug der Beiträge für den Verband der städtischen Angestellten von den Gehältern ab 1. Jänner 1930 einzustellen. (Beifall b. d. Minderheit).

GR. Panosch (E. L.) beschwert sich über die Behandlung des Gemeinderates durch den Bürgermeister, der die Sitzungen meistens nur eröffnet und schliesst. Die Behandlung des Gemeinderates durch den Magistrat ist eine reine parteimässige. GR. Panosch beklagt sich insbesondere darüber, dass auf Anzeigen wegen Verletzung des Prämiengesetzes nicht eingeschritten werde. Auch gegen das Puschertum geschieht trotz der scharfen Richtlinien, die das Ministerium hinausgegeben hat, nichts. Anzeigen gegen Puscher sind vielfach überhaupt nicht auffindbar. Wenn man schon etwas tut, so bekommen die Puscher eine Strafe von 5, 10 oder 20 Schilling aber die Strafen werden dann gewöhnlich in der zweiten Instanz nachgesehen. Die Bevölkerung und der Gemeinderat haben in die Verwaltung überhaupt nichts mehr dreinzureden. Der Redner kritisiert sodann die Zustände ^{im} Wiener Fortbildungsschulrat und verlangt, dass die Gewerbetreibenden, die die Mittel für den Fortbildungsschulrat aufzubringen haben auch etwas dreinzureden haben sollen. Er fragt weiters, wann das Gewerbeförderungsamt seine Tätigkeit aufnehmen wird, und wünscht schliesslich Aufklärung über die unter dem Titel Gemeindegewache enthaltene Post "Pensionspartien", da doch nicht anzunehmen sei, dass es bei einer so jungen Institution schon Pensionisten gebe. (Beifall bei der E. L.)

G. Pfeiffer (E. L.) bemerkt, es wäre notwendig, dass der Bürgermeister der Stadt, der doch sowohl in seiner Stellung wie in seinen materiellen Bezügen weit über die anderen Staatsbürger erhoben ist, wenn er amtlich als Bürgermeister auftritt alles vermeidet, was ihn als Parteimann erscheinen lässt. Es sei unzulässig, dass der Bürgermeister, wie dies im vergangenen Herbst geschehen sei, bei der Eröffnung von Gemeindebauten parteipolitische Reden halte und geradezu ein parteipolitisches Programm entwickle. GR. Pfeiffer erwähnt sodann einen Voranschlag, der an die Mag. Abt. 26 gerichtet sei und der Herstellungen in einem Teil des Wiener Rathauses mit dem Kostenaufwand von mehr als 200.000 S umfasse. Dieser Voranschlag könne sich nur auf die Empfangsräume des Bürgermeisters beziehen. Er fragt, ob dies tatsächlich der Fall ist und von welchem Ausschuss und bei welcher Gelegenheit die Kosten dieser neu Herstellungen genehmigt wurden. Weiters verlangt er, dass die Protokolle des Wiener Gemeinderates in Druck gelegt werden, oder dass wenigstens seiner Partei ein Durchschlag des stenografischen Protokolls zur Verfügung gestellt werde. Sodann kritisiert er das Wahlrecht für den Gemeinderat, indem er darauf hinweist, es sei eine Verletzung Gleichheit des Wahlrechtes, wenn eine Partei, wie die sozialdemokra-

tische Partei schon mit 7500 Stimmen zu einem Mandat komme, während Parteien, die in ganz Wien 40.000 Stimmen erhalten, kein Mandat bekommen. Es wäre sehr zu wünschen, dass im Zusammenhang mit der Aenderung des Wahlrechtes für den Bund auch das Wahlrecht für den Gemeinderat und dem Wiener Landtag geändert wird. GR. Pfeiffer befasst sich sodann mit der Personalpolitik und wendet sich dagegen, dass den Angestellten ein halbes Prozent ihrer Bezüge für den Verband der städtischen Angestellten abgezogen werde. Die Sozialdemokraten mögen eine Urabstimmung veranstalten, dann werde man sehen, wieviele städtische Angestellte sich wirklich zu ihrer Partei bekennen. Er erhebt sodann den Vorwurf, dass man sich bei den Ernennungen des Personals von parteipolitischen Motiven leiten lasse und erwähnt als Beispiele hiefür einen Direktionsrat, der ein persönlicher Vertrauensmann des Stadtrates Speiser sei und einer anderen Beamten, der ein "acher beim sozialdemokratischen Schutzbund sei, beide seien sehr rasch avanciert, während ein Rechnungsbeamter, ein grossdeutscher Bezirksrat in der Vorrückung sehr zurückgeblieben sei. Zum Schlusse führt er darüber Beschwerde, dass trotz des/ungünstigen Ausgangs der Wahlen in den Stadtschulrat bei den Ernennungen von Schulleitern die Sozialdemokraten ausserordentlich bevorzugt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Höppeler (E.L.) bemerkt, die Lehrerschaft habe durch die Wahlen in den Wiener Stadtschulrat zum Ausdruck gebracht, dass sie in ihrer Majorität nicht marxistisch eingestellt sei. Trotzdem wurden bei den Leiterernennungen in diesem Jahre 50 Marxisten und nur neun Nichtmarxisten zu Leitern ernannt. Unter den Nichtmarxisten, die zu Leitern ernannt wurden, sind meist solche, die unmittelbar vor der Pensionierung stehen, während die marxistischen Lehrpersonen meist eine sehr geringe Dienstzeit haben. Es wurde sogar ein Lehrer, der einen Schüler blutig geschlagen hatte, nachdem dieser Disziplinarfall unterschlagen worden war, zum Direktor einer Hauptschule ernannt. (Hört! Hört!) Der Redner übt sodann Kritik an den Auszeichnungen. Die Auszeichnungen werden in Geldbeträgen oder in Stufenvorrückungen gewährt, wogegen sich die nichtmarxistischen Lehrer seit jeher gewendet haben, da dies eine Verletzung des Lehredienstgesetzes und auch gegen die Automatik verstösst. solche Auszeichnungen erziehen nur zur Charakterlosigkeit. Es ist nicht zu erfahren, auf welchem Wege und nach welchen Grundsätzen solche Auszeichnungen verliehen werden. Im Laufe des Jahres sind fast alle marxistischen Lehrpersonen ein oder zweimal ausgezeichnet worden, dagegen werden Nichtmarxisten, trotz der besten Qualifikation von den Auszeichnungen ausgeschlossen. Im Laufe des vergangenen Jahres

wurden nur 34 Lehrpersonen der christlich-deutschen Lehrerschaft und 42 Angehörige des Lehrervereines dagegen 211 Lehrer, die dem Zentralverein angehören, ausgezeichnet. Die parteipolitische Einstellung zeigt sich auch bei der Einrechnung von Vordienstzeiten und privaten Dienstzeiten. Der Redner fordert, dass der Wiener Lehrerschaft wie ~~die~~ Lehrer in anderen Ländern endlich auch Qualifikationskommissionen zugebilligt werden und stellt Anträge auf Eliminierung des Artikels 3 aus dem Lehrerdienstgesetz und auf Schaffung einer Personalvertretung für Lehrpersonen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GRin. Schlösinger (E.L.) bespricht den Personalabbau in der Wiener Gemeindeverwaltung, der sich in der Art vollzieht, dass man den natürlichen Abgang an Personal sich auswirken lässt, wodurch man zu einer nicht unerheblichen Personalverminderung kommt. In diesem Jahre gibt es nach dem Standesausschuss der allgemeinen Verwaltung um 734 Angestellte weniger als im vorigen Jahre. In einigen Verwaltungszweigen ist zwar ein Plus zu verzeichnen, wie im Wohlfahrtswesen und bei der Gemeindewache, dafür aber in den meisten Gruppen eine Personalverminderung. Die Strassenkehrer und die Lehrer sind am stärksten abgebaut worden. Trotz der Vermehrung der Schülerzahl um 2519 wurde die Lehrerzahl um 145 vermindert. "Ekrwürdigerweise wurden gerade solche Klassen aufgelassen, wo nichtmarxistische Lehrkräfte ^{dies} angestellt sind, wie z.B. in der Marktgasse der Fall war. Die dienstältesten Lehrkräfte, die knapp vor der Pensionierung stehen, werden überzählig gemacht. GRin. Schlösinger bespricht sodann den Erlass des Stadtschulrates der die Zuweisung von Aushilfslehrkräften betrifft. Diese Aushilfslehrkräfte kommen einem wie eine traurige Truppe von Heloten vor. ^{Sie}

werden in Konzentrationslagern, in sogenannten Standeschulen gesammelt. Dort werden sie wie in einem Dienstvermittlungsbüro behandelt. Unwürdig ist es auch, dass Krankheitsmeldungen von Lehrpersonen in Zweifel gestellt und Kontrolluntersuchungen durchgeführt werden. Die Lehrerschaft ist unter solchen Zuständen geradezu zum Helotentum herabgesetzt. Die Rednerin verweist sodann auf die Not der Junglehrer. Während anderswo man Mittel und Wege sucht, den Junglehrern zu helfen, geschieht in Wien gar nichts. Die Rednerin beschwert sich sodann, dass die Schulleiterstellen alternativ ausgeschrieben werden und dabei die weiblichen Personen zurückgesetzt werden. Während bei den Volksschullehrern ein Oberlehrer auf acht Lehrer kommt, kommt eine Oberlehrerin erst auf 22 Lehrerinnen. GRin. Schlösinger stellt folgende Anträge: Der Status der definitiven Bezirksaushilfslehr-

Obdachlose unter der Schwedenbrücke. Wie schon berichtet, wurde dem Magistrat vor einigen Tagen gemeldet, dass unter der Schwedenbrücke Obdachlose eine Bretterhütte aufgestellt haben und darin nächtigen. Um zu überprüfen, ob die Anzeige den Tatsachen entspricht, wurde am Dienstag nachmittag vom Magistrat eine baupolizeiliche Kommission entsendet, die feststellte, dass tatsächlich zwei obdachlose Personen in einer aus Kistenbrettern zusammengenagelten Hütte unter der Schwedenbrücke wohnen. Es handelt sich um die 29jährige Julie Petz und um deren Lebensgefährten Franz Wörge. Die beiden haben seinerzeit schon einmal unter der Franzensbrücke gehäcigt. Dann fand Julie Petz mit ihren Lebensgefährten bei der Abzugsstiege der Franzensbrücke in einem Bau Unterschlupf, der vom Bundesstrombauamt einem Markthelfer provisorisch als Magazin überlassen wurde. Am 21. April 1928 erhielt Julio Petz vom städtischen Wohnungsamt eine Wohnung in Simmering in der Wohnhausanlage Hasenleitengasse zugewiesen. Julie Petz, deren Lebensgefährte damals in der Zwangsarbeitsanstalt in Korneuburg war, zog jedoch in die ihr zugewiesene Wohnung nicht ein. Im August 1928 wurde ihr neuerlich vom städtischen Wohnungsamt eine Wohnung im III. Bezirk, und zwar ein Kabinett zugewiesen. Diese Wohnung hat Julie Petz offenbar freiwillig wieder aufgegeben. Heute nun hat eine Kommission des Magistrates die Räumung und Abtragung der Hütte unter der Schwedenbrücke veranlasst. Julie Petz wurde, da sie spitalsbedürftig ist, in das Krankenhaus der Stadt Wien nach Lainz gebracht. Ihrem Lebensgefährten wurde die Aufnahme im städtischen Obdachlosenheim zugesichert.

.....
 kräfte ist wieder einzuführen; die Lehramtskandidaten sind nach dem Datum der Einreichung ihrer Gesuche mit Berücksichtigung ihrer Qualifikation wie ihrer sozialen Verhältnisse zu reihen und anzustellen; die mit ersten Jänner 1926 ernannten definitiven katholischen Religionslehrer sollen unverzüglich ihre Anstellungsdekrete und Dokumente ausgefolgt bekommen; in die Gehaltsbezüge der definitiven katholischen Religionslehrer soll die Vorrückung vom August 1925 einbezogen werden; schliesslich beantragt die Rednerin, den katholischen Religionslehrern mit Remuneration eine im Ausmass des vierzehnten Monatsgehaltes prozentuell entsprechende Erhöhung ihrer Remuneration zu bewilligen. (Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erwidert St.R. Speiser auf die Ausführungen der einzelnen Redner. Hinsichtlich der Behauptung des GR. Gschladt, Magistratsdirektor Hartl habe sich im vertrauten Kreis als Parteisekretär der sozialdemokratischen Partei bezeichnet, erklärt der Referent im Namen des Magistratsdirektors, dass er es dem vorgenannten Redner überlasse, für diese lächerliche Behauptung den Beweis zu führen. Gegenüber den von mehreren Rednern zitierten Verfehlungen von städtischen Organen stellt St.R. Speiser fest, dass das Korps der städtischen Angestellten und Arbeiter ein tadelloses ist. (Beifall bei der Mehrheit). Mit allem Nachdruck erklärt der Referent, dass bei Auszeichnungen und Ernennungen unter keinen Umständen von einer Parteipolitik gesprochen werden kann. Die Anträge des Gr. Höppeler ersucht St.R. Speiser der gesichtsordnungsmässigen Behandlung zuzuweisen. In Erwiderung auf die Ausführungen der GR. tin Schlösinger verweist St.R. Speiser darauf, dass die Gemeinde sämtliche Lehrerinnen, die während des Krieges an stelle der einrückenden Lehrer angestellt worden sind, gleichgültig welcher Gesinnung

sie sind, in ihrer Stellung gelassen hat; das ist im übrigen auch der Grössteil der Lehrpersonen, die die Lehrerwahlen beeinflussen. Diese Ueberzahl von Lehrern und Lehrerinnen muss sich nun allmählich abbauen und daraus erklärt es sich auch, dass trotz der grösseren Schülerzahl nicht mehr Lehrer angestellt worden sind. Im vorigen Jahr ist man mit einer fünfprozentigen Lehrerreserve gekommen, heuer haben wir eine Lehrerreserve von 7 einhalb Prozent. Es ist durchaus praktisch, eine solche zentrale Lehrerreserve, die eine bessere Verwendung der Lehrer ermöglicht zu haben. Im allgemeinen wird bei den Anstellungen auf die Wohnungsnähe Rücksicht genommen. Gegenüber der G. R. in Schlösinger stellt St. R. Speiser fest, dass, während an reinen Mädchenmittelschulen im Jahre 1905 14, im Jahre 1913 22, im Jahre 1918 24 Leiterinnen waren, diese Schulen im Jahre 1926 136 im Jahre 1927 141, im Jahre 1928 140 und im Jahre 1929 138 Leiterinnen hatten (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Was die Frage der Katecheten betrifft, so sei er dagegen, dassorgendeine Kategorie von Lehrern unterschiedlich von den anderen behandelt werde. Die von der G. R. in Schlösinger vorgebrachten Wünsche werden geprüft werden. Dagegen ist eine Automatik der Nebengebühren für einen einzelnen Stand ausgeschlossen. Zum Schluss bittet St. R. Speiser für ^{nur} Akte der Verwaltung niemals einzelne Beamte, sondern immer die betreffenden Stadträte verantwortlich zu machen, die nach der Verfassung die Verantwortung zu tragen haben (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Damit ist die Debatte zur Gruppe I abgeschlossen. Die Abstimmung über diese Gruppe wird morgen vorgenommen.

St. R. Professor Dr. Tandler referiert über die Verwaltungs Wohlfahrtswesen und soziale Fürsorge. Er stellt zunächst fest, dass die Vermehrung der Ausgaben dieser Gruppe vor allem auf die Verteuerung der Betriebsführung der Wohlfahrtsanstalten, auf die automatische Vermehrung der Erhaltungsbeiträge sowie auf eine Reihe von Investitionen insbesondere für das Stadion und den Tuberkulosepavillon zurückzuführen sind. St. R. Tandler schildert sodann den Gesundheits- und Wohlfahrtszustand im Jahre 1929. Die Zahl der Lebendgeburten dürfte sich beiläufig ^{an} derselben Höhe wie im vorigen Jahre, mit rund 25.000 auf ca 20.000 halten. Die Zahl der Sterbefälle ist/gegen das vergangene Jahr ein wenig gestiegen, sodass sich ein Bevölkerungsdefizit von 5000 Menschen ergibt. Die Säuglingssterblichkeit ^{zeigt} in diesem Jahre die niedrigste Ziffer. Im vergangenen Jahre betrug sie 175, in diesem Jahre rund 1600. Die Säuglingssterblichkeit beträgt rund 8 Prozent. Sie ist grösser als in den Grosstädten der Weststaaten, sie ist aber immerhin bei uns gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 50 Prozent gesunken. In den verschiedenen Bezirken ist

sie verschieden gross; sie zeigt beispielsweise in Favoriten die schreckliche Ziffer von 12 einhalb Prozent, in anderen Bezirken ist sie bis auf 4'5 Prozent herabgesunken, einer Zahl die überhaupt noch nirgends erreicht worden ist. Der Durchschnitt ergibt wie gesagt 8 Prozent. Wenn es uns gelingt in den schlechteren Bezirken eine Besserung zu erzielen, und es werden alle Massnahmen die möglich sind, angewendet, wird es uns in verhältnismässig kurzer Zeit gelingen, unter die Verhältnisziffer von 8 Prozent zu kommen, was einen ganz ungeheuren Erfolg bedeuten würde.

Eine Analyse der Sterblichkeit überhaupt ergibt ähnliche Resultate wie im vergangenen Jahre. Die epidemische Sterblichkeit ist minimal. An Scharlach starben kaum 50 Kinder, dagegen an Diphtherie noch immer 150. Diese Zahlen spielen ^{aber} bevölkerungspolitisch kaum eine Rolle. Der Hauptteil der Sterblichkeitsfälle geht zurück auf Abbrauchserscheinungen, auf chronische Infektionskrankheiten und auf bösartige Geschwülste. Schon im vergangenen Jahre war die Karzinomsterblichkeit grösser als die Tuberkulosesterblichkeit. Das ist auch heuer der Fall. Heuer gab es rund 2900 Sterbefälle an Lungentuberkulose und 3500 Sterbefälle an Karzinom. Es ist nur zu hoffen, dass die tausendfältigen Bemühungen in allen Laboratorien der Welt uns in die Lage versetzen werden zweckdienliche Mittel ^{zur Bekämpfung} des Karzinoms zu finden. Eine interessante Sterblichkeitsziffer zeigen die sogenannten Abbrauchskrankheiten. Das sind die Erkrankungen des Herzens und der Gefässe. Unsere Zeit ist die Zeit der Gefäss- und Herzkrankheiten. Im heurigen Jahre sind in Wien rund 6100 Menschen an diesen Abbrauchskrankheiten zugrundegegangen. Im vergangenen Jahre 5627. Im Jahre 1913 starben in Wien an diesen Krankheiten nur 4872 Menschen, also viel weniger obwohl unter dessen die Bevölkerungszahl um mehr als 300000 zurückgegangen ist. Diese Ziffern sind ein Spiegelbild unserer Zeit die den menschlichen Körper, das Herz und die Gefässe ungeheuer beansprucht. Die Tuberkulose ist im Rückgang begriffen. Ueber die wirklichen Ursachen dieses Rückgangs kann man verschiedener wissenschaftlicher Meinung sein. Aber bevölkerungspolitisch heisst das, dass die hygienischen Bedingungen bessere geworden sind. Man darf ja nicht vergessen, dass bei der Sterblichkeit der Tuberkulose der soziale Faktor eine Rolle spielt der nicht besser sondern ärger geworden ist. Prognostisch günstig ist es, dass die Bevölkerung es ausserordentlich gelernt hat bei jedem Krankheitsprozess aktiv mitzuwirken. Das zeigen zwei Beispiele. Wir haben zum erstenmal vor 3 Jahren die Tuberkulosereaktion der Schulkinder des 1. Schuljahres erprobt und von 14.000 Fällen ist in 13.000 von den Eltern die Zustimmung zur Probe gegeben worden. Bei unseren heurigen Versuchen, die Kinder nach der Methode des Prof. Löwenstein gegen Diphtherie zu immunisieren haben fast ausnahmslos alle Eltern

ihre Einwilligung gegeben. Wenn die Bevölkerung uns weiterhelfen will ist die Prognose für die Zukunft eine günstige. Ueber die Irrsinnserkrankungen und den Alkoholismus ist leider nur trauriges zu berichten. Unsere Irrenanstalten werden immer mehr und mehr belegt, wir sind nahezu am Rande. Der Alkoholismus hat eher zugenommen. Was umso trauriger ist, als Dank der sportlichen Bestrebungen in bestimmten Jahrgängen unserer Bevölkerung der Alkohol^{genuss} abgenommen hat. St. R. Tandler teilt sodann mit, dass der Tuberkulosepavillon, der eine bedeutende Vermehrung der Tuberkulosebetten mit sich bringt und die Möglichkeit zur Unterbringung des Rheumatikerpavillons bietet bereits unter Dach ist und dass er voraussichtlich im Jahre 1930 eröffnet werden wird. In Vorbereitung des Rheumatikerpavillons wurden Rheumatikerzimmer eröffnet. Weiters teilt St. R. Tandler mit, dass Prof. Noorden am 1. Jänner nach Wien kommt und als Kapazität auf dem Gebiet der Ernährungstherapie dazu beitragen wird, dass die Bedeutung der Ernährungstherapie in weite Kreise der Bevölkerung verbreitet wird. Der neuen Gersonschen Methode der Tuberkulosebekämpfung stehen wir vorderhand abwartend gegenüber. Die Aerzteschaft hat sich durch eine eigene Kommission an Ort und Stelle von den Erfolgen dieser Methode überzeugt, sie geht daran, Versuche zu machen und es wird die Aufgabe der Stadt sein, sobald die ersten Vorbereitungen getroffen sind und sich der erste Erfolg zeigt, daran mitzuarbeiten. St. R. Tandler führt sodann Klage darüber, dass obwohl das Bedürfnis nach ^{ausserordentlich} Apotheken/gestiegen ist, und die Stadt Wien eine Reihe von Apothekerkonzessionen verliehen hat das Ministerium in letzter Instanz diese Konzessionen nicht bewilligt. Diese Apothekerfreundlichkeit der Bundesverwaltung gegenüber den bestehenden Apotheken und diese Apothekerfeindlichkeit gegenüber jenen, die geschaffen werden sollen ist der Bevölkerung nicht nützlich. Man sollte es doch für selbstverständlich halten dass so grosse Objekte wie die Krimskykaserne die Neubauten auf der Schmelz, der Fuchsenfeldhof und der Heiligenstädterbau eine Apotheke bekommen. ~~///~~ Die Konzessionen die wir für diese Neubauten verliehen haben, wurden aber von der Bundesverwaltung verweigert, obwohl sich im Falle Fuchsenfeldhof sogar das Apothekergremium für die Apotheke ausgesprochen hat. St. R. Tandler gibt sodann eine Uebersicht über die offenen Fürsorge. In der Fürsorge des Jugendamtes stehen rund 56.000 Kinder, 40.000 Menschen beziehen eine Pfründe. Allein in offener Fürsorge befinden sich also nahezu 100.000 Menschen, das heisst jeder 18. Mensch steht irgendwie in Gemeindefürsorge. Ferner sind ~~Grund~~ 20.000 Spitalsbetten, die von der Gemeinde geführt werden belegt. Das ergibt in einem Jahre rund 7 Millionen Verpflegs- oder Belegstage. Die Fürsorgebedürftigkeit entspringt zu einem sehr grossen Teile der Arbeitslosigkeit. In den Monaten Mai bis September 1929- das sind Monate, in denen die Arbeitslosigkeit verhältnis-

mässig gering war ^{entfallen} von den für Pflegegelder, an Pflegebeiträgen an Geld- und Sachhaushilfen und für die Kinderübernahmestelle aufgewendeten Beträgen rund 50 Prozent auf Arbeitslosenfälle. Dazu kommen noch die gesetzmässig festgelegten Leistungen der Gemeinde Wien für die Arbeitslosen und die in jedem Jahresbudget eingesetzten Beträge zur Unterstützung der Arbeitslosen in der Weihnachtszeit. St. A. Tandler stellt sodann fest, dass wir die Spitals- und die sonstigen Verpflegskosten für die fremdzuständigen Kranken und Irren tragen müssen, da auf Grund der Erlasse in den Nachbarstaaten uns diese Kosten nicht ersetzt werden. Es gibt zum B. in den Irrenanstalten noch immer 370 Fremdzuständige. An einem günstigen Sonntag waren im Obdachlosenheim 23 Prozent Ausländer. Die Wiener Obdachlosen bringen wir nicht unter, dagegen müssen wir ein halbes Tausend Fremde beherbergen. St. R. Tandler teilt sodann mit, dass eine Reihe neuer Auszahlungsstellen für die Arbeitslosen und neuer Arbeitsvermittlerstellen geschaffen wird und macht Mitteilungen von der erfreulichen Besserung auf dem Gebiet der Berufsberatung (Lebhafter Beifall).

GR. Wawerka (E.L.) erklärt, dass die alte Forderung der Minderheit, dass das Wohlfahrtswesen und die soziale Verwaltung von Parteipolitik freizubleiben haben, bis heute nicht erfüllt wurde. Man muss mit Bedauern feststellen, dass auch nicht einmal Anzeichen dafür vorhanden sind, dass es besser werden wird. Angestellte und Funktionäre versuchen sogar bei alten Leuten ihren Einfluss dahin auszuüben, diese Leute für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen. In der Fürsorge werden die christlichsozialen Funktionäre kaltgestellt. Der Redner kritisiert dann, dass die Säuglingswäsche an reiche Leute ausgegeben wird. Sogar an eine Wöchnerin im Sanatorium Löw wurde die Säuglingswäsche ausgegeben. Bei der Jugend- und Sportfürsorge herrscht ebenfalls eine parteimässige Verwaltung. Die Vereine, die rot organisiert sind erhalten regelmässig Subventionen und Spielplätze, während die anderen Vereine meist leer ausgehen. Der Verband für freiwillige Jugendfürsorge wird mit 80.000 Schilling subventioniert. Der Caritasverband hingegen bekommt keinen Groschen. Der Redner stellt schliesslich zwei Anträge. Der ein Antrag verlangt, dass die Ausgabe der Säuglingswäsche auf Unbemittelte beschränkt werden soll. Der zweite Antrag geht dahin, den Caritasverband mit einer Subvention von 80.000 Schilling zu unterstützen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Untermüller (E.I.) stellt fest, dass das Kapitel für soziale Verwaltung einen sehr bescheidenen Raum im Budget einnimmt. Es wäre höchste Zeit endlich einmal die Arbeitsnachweise auszubauen. Notwendiger wäre aber die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen, was aber durch die Steuerpolitik Breitners verhindert wird. Der Redner bespricht sodann ausführlich die Behandlung des sozialdemokratischen Hausgehilfenverbands "Einigkeit" und des Vereines der christlichen Hausgehilfinnen. Während die Einigkeit von der Gemeinde zwei Hausgehilfenheime erhalten hat, muss der Verband der christlichen Hausgehilfinnen für sein Heim die Wohnbausteuer bezahlen. Die parteimässige Behandlung dieses Vereines geht sogar soweit, dass bei Versammlungen, die nur auf Mitglieder beschränkt sind, wenn am Schlusse der Versammlung ein Lied gesungen wird, dafür die Lustbarkeitsabgabe vorgeschrieben wird. Das zeigt, wie wenig wahr es ist, dass Ihre Verwaltung eine durchaus unparteiische ist. In Mariahilf hat man den Kindern jetzt den einzigen Spielplatz weggenommen. Es wurde zugesagt, dass ein neuer Spielplatz errichtet wird. Der Redner richtet an den Referenten die Frage, wo dieser Spielplatz geplant ist. Er führt ferner Beschwerde darüber, dass man den Fürsorgeinstitut Mariahilf die alljährliche Sammlung für die Armen verboten hat. Die 5000 bis 6000 Schilling, die diese Sammlung immer gebracht hat, fehlen jetzt den Ärmsten der Armen. Seine Partei werde gegen den Voranschlag stimmen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr. Fortsetzung morgen Freitag 16 Uhr.